

EDITORIAL



❖ „Auf den Kanzler kommt es an!“ war im Jahre 1969 die erfolgreiche Parole der CDU für den Wahlkampf aus einer großen Koalition heraus. Diese Parole kennzeichnet auch den fulminanten Start Angela Merkels in die große Koalition 2005/2006. Die Kanzlerin hat die richtigen politischen Felder besetzt, der Regierung ein Gesicht gegeben, Probleme benannt und symbolisch erste Lösungen präsentiert. Ohne Zweifel kam ihr auch die Implosion von Rot-Grün zu Hilfe, das Zusammenfallen aufgeplusteter Soufflés nach der Art von Joschka Fischer und Gerhard Schröder.

Es gibt jedoch ganz gravierende Unterschiede zwischen 1966/69 und heute. Die große Koalition der sechziger Jahre hatte im Wesentlichen konjunkturelle, aber nur wenige strukturelle Verwerfungen zu überwinden. Es war nur ein Bruchteil der heutigen Probleme zu schultern. Die Vorhaben der großen Koalition allein für das Jahr 2006 sind gigantisch: Grundlegung der Haushaltskonsolidierung, Föderalismusreform, Gesundheitsreform, erste Stützungsarbeiten an den sozialen Sicherungssystemen, Reformen in der Steuerpolitik, in der Familienpolitik und auf dem Arbeitsmarkt.

Union und SPD sind sich beide bewusst, dass sie nur im engen Schulterschluss handeln und Erfolg haben können. Das heißt aber auch, dass beide Parteien auf eine lupenreine Durchsetzung ihrer Konzepte verzichten müssen. Auf lange Zeit ist es ebenso zwingend, die Gewinn-

erwartung für die nächste Wahl für beide offen zu halten.

Die Situation ist paradox: Union und SPD müssen zusammen Erfolg haben, sonst geraten beide in einen Strudel des Scheiterns

mit unabsehbaren Folgen für sich und das deutsche Parteiensystem. Gleichzeitig müssen Union und SPD auf den richtigen Zeitpunkt hinarbeiten, ab dem es nicht mehr um gemeinsame Gewinnerwartung geht, sondern um einen klaren Sieg bei der nächsten Bundestagswahl. In dieser großen Koalition werden die Parteien wichtiger, nicht wie 1966/69 die Fraktionen. Ein Ausdruck dessen werden die neuen Grundsatzprogramme von CDU, CSU und SPD sein.

Eines muss die große Koalition auf jeden Fall verhindern: den Zusammenbruch des ökonomisch-sozialen Systems. Einen solchen Einbruch darf es auch in der absehbar schwierigen Zeit Ende 2007/2008 nicht geben. Wenn eine solche Entwicklung eintreten sollte, hätte der Koalitionsvertrag von 2005 keine politische Grundlage mehr, dann wäre man offenkundig zu kurz gesprungen. Dann, spätestens aber zu Beginn 2009, wird sich die Frage stellen, wer in welcher Konstellationsvorstellung und mit welcher Gewinnerwartung in die nächste Wahl geht. ❖

he. gono